



# *Evangelische Verantwortung*



## *Die Kraft der Versöhnung und des Brückenbauens*

Laudatio für Altbundespräsident  
Dr. Richard von Weizsäcker

Thomas Rachel MdB *Seite 3*

Dankwort anlässlich der Verleihung  
der „Hermann-Ehlers-Medaille“

Altbundespräsident  
Dr. Richard von Weizsäcker *Seite 9*

- 11** *Evangelisches Leserforum*
- 12** *Resolution der 47. EAK-Bundestagung*
- 14** *Bericht zum 2. Ökumenischen Kirchentag*

# Liebe Leserin, lieber Leser,



*Wichtig ist, dass die Parteienverdrossenheit nicht weiter um sich greift.*

Bundespräsidenten einen verfassungswidrigen Einsatz der Bundeswehr zu unterstellen.

Nun haben wir seit kurzem einen neuen Bundespräsidenten. Als Evangelischer Arbeitskreis begrüßen wir die Wahl **Christian Wulffs** zum neuen Bundespräsidenten! Er ist ein erfahrener und verantwortlicher Politiker und aufrechter katholischer Christ. Mit seinem gewinnenden Wesen, seinem differenzierten Blick und seiner Menschennähe wird er viele neue Akzente zum Wohle unseres Landes setzen.

Die Begleitumstände im Vorfeld dieser Bundespräsidentenwahl erfordern gleichwohl eine kritische Würdigung, denn sie werfen ein bezeichnendes Licht auf manche Mechanismen der veröffentlichten Meinungsmache. Auf der einen Seite wurde nämlich behauptet, jetzt wäre die Zeit für einen „überparteilichen“ Kandidaten gekommen. Kurz zuvor allerdings hatte man noch über Horst Köhler genau deswegen gespottet, weil ihm angeblich gerade diese wesentliche parteipolitische Verankerung und Erfahrung gefehlt habe. Es hieß nun, dass die Wahl des neuen Bundespräsidenten nicht zum angeblichen „Raub der Parteien“ geraten solle. Aber gerade auch die Empörung aus den Reihen der SPD darüber, dass die jeweiligen Kandidaten für das Bundespräsidentenamt traditionell im Wettbewerb der führenden Parteien vorgeschlagen werden, musste einigermaßen verwundern: Auch ein Johannes Rau (SPD) wechselte schließlich

der Rücktritt von Bundespräsident Horst Köhler kam für uns alle völlig überraschend. Die zum Teil äußerst despektierlichen Kommentare von Seiten der Grünen und der SPD gegen seine Person sollten hierbei nicht in Vergessenheit geraten, denn sie haben daran gewiss entscheidenden Anteil gehabt und dem höchsten Staatsamte in unserem Land Schaden zugefügt. Die Sätze Horst Köhlers zu den deutschen Militäreinsätzen konnte nur fehl interpretieren, wer dies ohnehin vorhatte. Es war geradezu absurd, dem ehemaligen

seiner Zeit als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident direkt und ohne Umwege ins Bundespräsidialamt.

Am Ende dürfte es mehr als zweifelhaft sein, ob SPD und Grüne einem so „bürgerlichen“ Kandidaten wie Joachim Gauck, der aus vielerlei Gründen auch in der Union seit Jahrzehnten höchstes Ansehen genießt, überhaupt zugestimmt hätten, wenn der Vorschlag tatsächlich zuerst von der Union gekommen wäre. Allein der unvergleichliche Vorgang, bei der eine vermeintlich vertrauliche SMS an die Bundeskanzlerin mit dem eigenen Kandidatenvorschlag sogleich an Dritte weitergeleitet wurde, so dass diese schließlich umgehend für ein Millionenpublikum im Wortlaut nachzulesen war, spricht Bände. Und der Versuch der Beschädigung der Kandidatur von Christian Wulff durch die bezeichnende Äußerung, Gauck bringe „ein Leben“ mit in seine Kandidatur, Wulff dagegen nur eine „politische Laufbahn“, zeigte, zu welchen durch und durch „parteipolitischen“ Mitteln hier gegriffen wurde. Kein anderer als Joachim Gauck selbst distanzierte sich sofort von einer solchen Art der Auseinandersetzung. Und dies ehrt den DDR-Bürgerrechtler und engagierten evangelischen Pfarrer aus Rostock auch im Nachhinein.

Aus all dem können wir meines Erachtens lernen, wie wichtig in der oftmals harten, inhaltlich-politischen Auseinandersetzung der respektvolle und verantwortliche Umgang miteinander ist. Würde man dies öfter beherzigen, dann wäre vielleicht schon ein wesentlicher Schritt in Richtung auf ein Weniger an Parteienverdrossenheit getan. Wichtig ist aber auch, dass die Parteienverdrossenheit nicht weiter um sich greift, denn die Parteien in einer freiheitlichen Demokratie sind als ein „notwendiger Faktor im Prozess der politischen Willensbildung“ (s. EKD-Denkschrift „Evangelische Kirche und freiheitliche Demokratie“ 1985, S. 33.) zu würdigen. Als gänzlich unverantwortlich kann indes eine politische Position beschrieben werden, die, obwohl sie eindeutig Partei ist, diese notwendige parteipolitische Ordnung selbst herabzuwürdigen hilft.

Gottes Segen!  
Ihr

**Thomas Rachel MdB**  
Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU

## Inhaltsübersicht

- 2 Editorial
- 3 Laudatio auf Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker
- 9 Dankwort Dr. Richard von Weizsäcker
- 11 Evangelisches Leserforum
- 12 Resolution des EAK-Bundesvorstandes: Die um seines Namens willen verfolgt werden
- 14 Aus unserer Arbeit



# Die Kraft der Versöhnung und des Brückenbauens

Laudatio auf Altbundespräsident Dr. Richard von Weizsäcker im Rahmen des Festaktes zur **Verleihung der „Hermann-Ehlers-Medaille“**

| *Thomas Rachel MdB*

**S**ehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Herr Dr. von Weizsäcker, im Namen des gesamten Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU heiße ich Sie ganz herzlich willkommen! Ich darf Ihnen zu allererst dafür danken, dass Sie unserer heutigen Einladung gefolgt sind.

Manch einer wird sich vielleicht fragen: Wieso muss sich der Evangelische Arbeitskreis jetzt auch noch in eigener Weise an solchen Ehrungen beteiligen? Insbesondere dann, wenn es doch um jemanden geht, der in seinem Leben bereits schon nahezu alle möglichen und denkbaren öffentlichen Ehrungen und Auszeichnungen erfahren hat, die es überhaupt geben kann?

Ein anderer mag vielleicht sogar denken: Wie beharrlich muss man eigentlich

sein, den verehrten Altbundespräsidenten in seinem zehnten Lebensjahrzehnt und ausgerechnet noch an einem sommerlichen Samstagvormittag ins „Konrad-Adenauer-Haus“ zu nötigen? Will sich da der Evangelische Arbeitskreis nicht vielmehr eigentlich selber ehren, indem er zur Ehrung lädt?

Um diese beiden Fragen sogleich zu beantworten:

In der Tat, der Evangelische Arbeitskreis war und ist in manchen Dingen nun einmal sehr beharrlich. Beharrlichkeit und Ausdauer für die gute Sache ist eben – auch schon biblisch gesehen – eine „christliche Tugend“!

Und zugegebenermaßen: Der Evangelische Arbeitskreis ehrt sich mit dieser Ehrung auch ein Stück weit selbst. Aber dies tut er gewiss nicht aus irgendeiner

vordergründigen Absicht, sondern aus einer tiefen und eigenständigen Motivation heraus:

Denn Sie, lieber Herr Dr. von Weizsäcker, sind auch ein Teil der Geschichte dieses, unseres Evangelischen Arbeitskreises. Wir ehren Sie heute vor allem auch als einen wichtigen Wegbegleiter und Impulsgeber des Evangelischen Arbeitskreises.

Von 1970 bis 1984 waren Sie selbst Mitglied im Bundesvorstand des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK). In dieser Zeit hatte der EAK zwei ebenfalls herausragende Bundesvorsitzende, zum einen **Gerhard Schröder** (unseren Gerhard Schröder!) und zum anderen **Prof. Dr. Roman Herzog**. Während dieser Jahre saßen neben Ihnen im Bundesvorstand viele, weitere bedeutende Persönlichkeiten. Es ist an dieser Stelle

vielleicht einmal gut, daran zu erinnern. Ich nenne nur einige Namen: **Dr. Gerhard Stoltenberg (stellvertr. Vorsitzender), Prof. Dr. Wilhelm Hahn, Dr. Philipp v. Bismarck, Friedrich Vogel, Dr. Elisabeth Schwarzhaupt (erste Bundesministerin), Dr. Werner Dollinger, Dr. Kai-Uwe von Hassel und Albrecht Martin.**

**D**er EAK scheint in seiner Geschichte also mit Bundespräsidenten (von Weizsäcker, Herzog) und auch Bundestagspräsidenten (Ehlers, Kai-Uwe von Hassel) überproportional gesegnet zu sein.

Vielleicht könnte man darum die Dinge ja auch einmal von einer anderen Seite aus betrachten lernen:

Gibt es vielleicht gerade auch beim Evangelischen Arbeitskreis ein geistiges und ich sage bewusst auch: geistliches Klima, das insbesondere für Menschen attraktiv ist, die über den bloßen tages- und parteipolitischen Brillenrand hinwegzuschauen pflegen, und die eben auf eine besondere Art und Weise dem Gemeinwohl verpflichtet sind? Und empfehlen sich diese herausragenden Persönlichkeiten vielleicht auch deshalb immer wieder auch für solche Ämter, weil es in ihnen stets auch um eine gewisse Überparteilichkeit, den würdigen Blick für andere (unter Umständen sogar konträre) Positionen und vor allem das Ringen um die Sachfragen selbst geht?

Wenn dem so sein sollte, dann würde sich dies jedenfalls mit den tiefsten Absichten und Zielen von **Hermann Ehlers**,

dem Gründervater des Evangelischen Arbeitskreises, decken.

In seinem Namen sind wir heute wieder versammelt. Und wir sind hier zusammengekommen, um jemanden zu ehren, der, wie wir finden, in seinem Leben und Wirken sehr viel von den Idealen und Tugenden verkörpert hat, die auch Hermann Ehlers in hervorragender Weise ausgezeichnet haben.

**Heinrich von Brentano** sagte anlässlich der Trauerfeier des Deutschen Bundestages (1954) über den verstorbenen Bundestagspräsidenten Hermann Ehlers die folgenden, sehr treffenden Worte:

*„Hermann Ehlers war tief verwurzelt in seinem Glauben. Aus dieser Gläubigkeit zog er die Kraft. Er selbst bezeichnete sie einmal als den Motor jedes politischen Handelns. Fest und unbeirrbar war er in seiner tiefen Religiosität, aber niemals stolz und selbstzufrieden. Wer ihn kannte, weiß, dass er getrieben war von der Unruhe eines Menschen, der um die Erkenntnis des Richtigen unermüdlich gerungen hat. Aber er wusste auch, dass die absolute Wahrheit der menschlichen Erkenntnis verschlossen bleibt und sich nur dem gläubigen Menschen zu offenbaren vermag. Und von diesem Glauben her war sein Handeln bestimmt.“<sup>1</sup>*

Über alle Partei- und Konfessionsgrenzen seiner Zeit hinweg genoss Hermann Ehlers höchste Achtung und

Respekt, auch bei denen, die aus theologischen oder politischen Gründen seinen Weg nicht mitzugehen bereit waren.

**W**er will, der mag übrigens schon hier eine eindeutige Parallele zu unserem heutigen Ehrengast erkennen.

Neben den herausragenden intellektuellen Eigenschaften von Ehlers, neben seiner enormen physischen Statur und seiner erstaunlichen Leistungskraft bestachen aus Sicht seiner Zeitgenossen wohl vor allem seine persönliche Integrität und Charakterfestigkeit als Mensch und Persönlichkeit des öffentlichen Lebens.

Ich füge hinzu: Auch hier würden sich bereits problemlos die trefflichsten Bezüge auch zum Leben und Wirken Richard von Weizsäckers herstellen lassen.

Hermann Ehlers eigenes vorbildhaftes Wirken sowie sein politisches Vermächtnis legen für uns auch heute noch ein inspirierendes Zeugnis ab von der ausgesprochen gelungenen Verbindung von Glaube und Politik.

Und das ist der Grund, warum der Evangelische Arbeitskreis in seinem Namen und zu seinem Gedenken seine höchste Ehrung, die „Hermann-Ehlers-Medaille“, verleiht.

Lieber Herr Dr. von Weizsäcker, wir wissen, wie sehr auch Sie das Lebenswerk eines Hermann Ehlers zu würdigen wussten. Wir denken in diesem Zusammenhang noch gern an Ihre beeindruckende Rede auf dem gemeinsamen **Oldenburger Hermann-Ehlers-Symposium** mit dem Titel „Christ und Politiker“ im Jahre 2004 zurück.

Damals haben Sie Hermann Ehlers unter anderem mit folgenden Worten gedacht:

*„Hermann Ehlers war ein bekennender Christ. Das war keine Beigabe, vielmehr hat es seinen ganzen Lebensweg geprägt, in der Zeit der Weimarer Republik, in der Nazizeit und in der jungen Bundesrepublik Deutschland.*

*Christ zu sein, bedeutete für ihn immer wieder, sich zu bekennen und zu verantworten. Er konnte und wollte sich nicht heraushalten. Das bedeutete, er musste sich im Gemeinwesen engagieren. Das ist doch auch heute für uns alle das Wichtigste.“<sup>2</sup>*

## Pressemitteilung vom 23.04.2010

### Erschreckende Integrationsdefizite

**Zum Fall einer minderjährigen kurdischen Schülerin, die im vergangenen Jahr für 15.500 € an die Familie ihres Bräutigams verkauft wurde, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär Thomas Rachel MdB:**

„Dieser Fall erschreckt uns zutiefst. Er zeigt, dass es offenbar nicht genügt, fortwährend darauf hinzuweisen, dass Derartiges mit unserer Werte- und Rechtsordnung nicht vereinbar ist.

Zivilgesellschaft und staatliche Behörden sind in solchen Fällen gefordert, nicht wegzuschauen. Gerade wenn es bereits Hinweise aus dem Umfeld eines betroffenen Mädchens gibt, ist Augenmaß ebenso gefragt wie entschlossenes Handeln.

Es darf im Geltungsbereich unseres Grundgesetzes keine Parallelgesellschaften und erst Recht keinen „Verkauf“ junger Mädchen islamischen Glaubens geben. Dies ist für mich nichts anderes als Menschenhandel.“

Mit dem geschichtlichen Abstand der Jahrzehnte – 20 Jahre nach der Wiedervereinigung und im 65. Jahr nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges und der Gründung der Christlich-Demokratischen Union – können uns viele Dinge in einem noch deutlicheren Licht erscheinen oder anders eingeordnet werden als vielleicht in manchen Jahren zuvor. So lehrt der historische Blick auch immer wieder eine besondere Tiefenschärfe.

**H**ermann Ehlers, wie Sie es, lieber Herr Dr. von Weizsäcker, treffend beschrieben haben, war ein Kind des 20. Jahrhunderts, der zwei Weltkriege und mehrere Phasen der deutschen Geschichte miterlebt hat: Im Kaiserreich geboren, ist er in der Weimarer Republik herangewachsen, um in der dunklen Zeit der nationalsozialistischen Diktatur zum Manne zu reifen. In der jungen Bundesrepublik Deutschland hat er dann, zwar leider viel zu kurz, aber dennoch nachhaltig bleibende Akzente in Kirche und Politik gesetzt.

**Paul Tillich**, der berühmte systematische Theologe, hat den „christlichen Menschen im 20. Jahrhundert“ einmal treffend als den „**Menschen ohne Utopien**“ bezeichnet, der dennoch gläubig sei. Vielleicht liegt hier auch der Schlüssel zum Verständnis vieler Persönlichkeiten der Gründergeneration der Union und auch der Bundesrepublik Deutschlands.

**D**er christliche Mensch des 20. Jahrhunderts, so Paul Tillich, habe das Nichtssein erlebt, das wie ein drohender Ozean alles Seiende umspült. Er habe sein Schicksal erlebt mit all den plötzlichen, unberechenbaren Einbrüchen in alles, was sicher schien, in seinem Leben und im Leben der Völker. Er habe den Tod erlebt als das Sterben Unzähliger und als ständige Bedrohung seines eigenen Seins. Und er habe auch die Schuld erlebt, in ihren Ausmaßen unvorstellbar für menschliche Phantasie. Er habe schließlich auch gelernt zu zweifeln, nicht nur an den Urteilen der anderen, sondern auch an dem, was ihm selbst das Sicherste war. Es sei für ihn keine Festung des Glaubens geblieben, in die nicht die Elemente des Zweifels eingedrungen wären.

Der christliche Mensch des 20. Jahrhunderts als der Mensch ohne Utopien? – Das klingt in der Tat wenig triumphalistisch. Aber genau dieses dürfte – nach all den Katastrophen des vergangenen Jahrhunderts – auch angemessen und so gut sein. Denn erstens trifft es auch unsere heutige Grundsituation



als Christen in der Welt am beginnenden 21. Jahrhundert noch recht gut. Und zweitens hat schon **Martin Luther** der rechten „Theologie des Kreuzes“ den Vorzug vor der irrümlichen „Theologie der Herrlichkeit“ gegeben. Und diese Botschaft, meine Damen und Herren, stand auch **Hermann Ehlers** immer vor Augen. Stets pflegte er darauf hinzuweisen: „Das Kreuz durchkreuzt alles!“ Und damit bezog er die eigenen, vor allem auch die politischen Bemühungen stets mit ein. Er verstand das „C“ im Parteinamen niemals „triumphalistisch“, weil er als Protestant sehr genau wusste, wie sehr auch seine eigene Kirche sich im Dritten Reich selbst in mannigfacher Gestalt in Schuld und Schande verstrickt hatte.

Man könnte also sagen: Hermann Ehlers, wie auch viele seiner damaligen Weggenossen, verstanden das „C“ im Parteinamen der Union niemals als Selbstverständlichkeit. Nach den Trümmern der moralischen Selbstverwüstung Deutschlands im Jahre 1945 war es ganz und gar nicht selbstverständlich, sich auf das „C“ zu berufen. Ich füge hinzu: Genauso wenig wie es auch heute selbstverständlich ist und auch gegenwärtig immer ein Wagnis bleiben muss. Oder, um es mit einem Wort von Ihnen, lieber Herr Dr. von Weizsäcker, zu sagen: „Das ‚C‘ im Namen ist und bleibt ein Stachel im Fleisch; das ist seine wichtigste Legitimation.“

Damit ist eigentlich schon alles Nötige gesagt. Das „C“ ist niemals selbstverständlich. Aber gerade deshalb, weil es uns immer wieder neu herausfordert, ist und bleibt es für uns und für diese Welt „not-wendig“, und zwar im Sinne von „die Not wendend“.

Der christliche Mensch des 20. Jahrhunderts als „Mensch ohne Utopien“?

Auch **Paul Tillich** antwortet hier sehr realistisch – ich möchte fast sagen – gut protestantisch und fast nüchtern:

„Auch der christliche Mensch kann sein Nichtssein nicht beseitigen. Es umspült auch ihn und dringt in ihn ein (...). Aber er hat „den Mut, Ja zu sagen, weil er das Nein kennt und weil er das Nein auf sich genommen hat. Und er kann das, weil er an einem Sein teilhat, das stärker ist als Nichtsein. (...)“

Der christliche Mensch des 20. Jahrhunderts hat das Nein tiefer erlebt als viele seiner Vorfahren, eben darum aber ist sein Ja kühner, mutiger und bedeutungsvoller als das ganzer Generationen vor ihm.“<sup>44</sup>

**S**olches muss man ermessen, wenn man 65 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges darüber nachdenkt, was es für die Generation von Hermann Ehlers bedeutete, im Zeichen der bewussten „Verantwortung vor Gott und den Menschen“ einen politischen und gesellschaftlichen Neuanfang zu setzen.

„Vier Zeiten“ – so heißen die Erinnerungen Richard von Weizsäckers, die 1997 veröffentlicht wurden. Und ganze drei dieser „Zeiten“, nämlich die Zeit der Weimarer Republik, die Hitlerzeit und die Epoche der Teilung Europas und Deutschlands nach 1945, haben Sie, lieber Herr Dr. von Weizsäcker, im Sinne eines gemeinsamen, zeitgeschichtlichen Erfahrungshorizontes mit Hermann Ehlers geteilt.

Das ist bemerkenswert. Und das unterscheidet Sie in der Generationen-Perspektive beispielsweise von den bisherigen Preisträgern der „Hermann-Ehlers-Medaille“, nämlich von **Dr. Wolfgang Schäuble** und **Altbischof Dr. Wolfgang Huber**.

## Spendenstand

Seit dem 4. Januar 2010 haben insgesamt 145 Spender 7.179,20 Euro für die Evangelische Verantwortung gespendet. Wir möchten uns herzlich bei Ihnen für diese Unterstützung bedanken.

Unterstützen Sie die Arbeit des EAK der CDU/CSU:  
Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

Informieren Sie sich über die Arbeit des EAK: [www.eak-cducsu.de](http://www.eak-cducsu.de)

Als nur 16 Jahre Jüngerer haben Sie sich von Hermann Ehlers und von der Zeit, in der er politische Verantwortung übernahm, noch selbst ein eigenes Bild machen können, beispielsweise von seinen vielen, beeindruckenden Reden und Äußerungen oder von seinen Auftritten auf den großen Evangelischen Kirchentagen nach dem Krieg.

Als 16 Jahre Jüngerer haben Sie im Gegensatz zu Hermann Ehlers dann aber auch erleben dürfen, was ihm versagt geblieben, und was doch einer seiner größten Herzenswünsche als Christ und Politiker gewesen ist: Die Wiedervereinigung Deutschlands in Frieden und in Freiheit.

Und das ist in dieser, unser heutigen Feierstunde ebenfalls zu bedenken:

Wir ehren heute, im Zeichen von Hermann Ehlers, einen evangelischen Christenmenschen und Politiker, der sich nicht nur wie kein anderer für die Überwindung der unnatürlichen Teilung Deutschlands und Europas eingesetzt hat.

**W**ir ehren mit Ihnen auch zugleich den „Bundespräsidenten der Einheit“, der neben dem großen „Kanzler der Einheit“, Helmut Kohl, seinen unverrückbaren Platz in der jüngeren, deutschen Geschichte eingenommen hat.

Sie sind zur Zeit des Falles der Berliner Mauer und der Wiedervereinigung des deutschen Volkes der höchste Repräsentant der Bundesrepublik Deutschlands gewesen und haben um die deutsche Frage Zeit ihres Lebens auf intensivste Weise gerungen.

Schon in Ihrer Zeit als Regierender Bürgermeister von Berlin haben Sie sich immer wieder in deutlicher und überzeugender Weise für die Zusammengehörigkeit von Ost- und Westdeutschen eingesetzt. Führte die Mauer durch Europa und die Welt doch sichtbar mitten durch die Stadt, die Ihnen von Kindestagen an besonders ans Herz gewachsen war, durch Berlin.

**U**nd war es da nicht folgerichtig und, wie wir heute wissen: ganz und gar angemessen und historisch richtig, dass Berlin auch wieder die Hauptstadt des vereinigten Deutschlands wurde? Aber wie viele waren damals selbst in der Union dagegen. Wie viele votierten, durchaus auch mit guten Argumenten, damals für Bonn.

Lieber **Friedbert Pflüger**, Du hast es sehr gut in Deinem aktuellen Buch beschrieben:

*„Ohne die Reden Richard von Weizsäckers und (später im Bundestag) Wolfgang Schäubles wäre die Hauptstadt- und Regierungsfrage wahrscheinlich anders entschieden worden.“<sup>5</sup>*

Lieber Herr Dr. von Weizsäcker, gerade auch heute und hier, auf unserer 47. Bundestagung in Berlin, zolle ich Ihnen für dieses Engagement und diese politische Weitsichtigkeit im Namen des Evangelischen Arbeitskreises meinen größten Respekt. Mit Ihren eigenen Worten gesprochen:

*„In Berlin haben wir, wie nirgends sonst, erfahren, was Teilung bedeutet. In Berlin erkennen wir, wie nirgends sonst, was die Vereinigung von uns erfordert. Hier ist der Platz für die politisch verantwortliche Führung Deutschlands.“<sup>6</sup>*

Sie, lieber Herr Bundespräsident, waren der erste, auch und gerade in der Christlich-Demokratischen Union, der diesen Satz klar und deutlich ausgesprochen hat.

Sie haben in einer Zeit, als auch das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit beider Teile Deutschlands von westdeutscher Seite aus, übr-

gens auch in unserer **Wir ehren mit Ihnen auch zugleich den „Bundespräsidenten der Einheit“.**

unter zur bloß rhetorischen Formel ohne wirkliche innere, emotionale Beteiligung zu verkümmern drohte, weitere und wichtige substantielle Schritte zur Überwindung der Teilung angemahnt. Sie haben frühzeitig, auch schon 1965, als Mitverfasser der berühmten „Ostdenkschrift“ der

Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), für einen grundlegenden Wandel der Ost-West-Beziehungen votiert. „Wandel durch Annäherung“ und neue Impulse für eine Entspannungspolitik – das war damals auch keineswegs unumstritten. Ganz im Gegenteil. Aber, wie schon gesagt, der geschichtliche Abstand rückt viele Dinge noch einmal anders zurecht und lässt uns manches heutzutage in wohlthuender Weise tiefer und besser erkennen.

In Ihrem jüngsten Buch „Der Weg zur Einheit“ haben Sie dies, wie ich finde sehr schön zusammengefasst:

*„Während des Kalten Krieges sahen die großen Mächte die deutsche Teilung als ein Faktum, nicht als eine Zukunftsaufgabe. Zugleich blieb aber für uns Deutsche das Bewusstsein der Zusammengehörigkeit unverrückbar. Es zur Geltung zu bringen, ohne die notwendige Sicherheit in Europa zu gefährden, das war schwer genug.“<sup>7</sup>*

Sehr geehrter Herr Dr. von Weizsäcker, auch für dieses, Ihr unermüteliche, engagierte und glaubwürdige Engagement für die Menschen in West wie in Ost möchte ich Ihnen heute von Herzen und ausdrücklich danken.

Es gibt hier übrigens auch eine weitere, interessante Parallele zur Zeit von Hermann Ehlers, die wir uns – gerade auch als Protestanten – vielleicht viel zu selten klar machen:

Der Riss der Teilung nach 1945 betraf natürlich die protestantischen Bevölkerungsteile – auch in emotionaler Hinsicht – ungleich gewichtiger und weit aus existentieller als die überwiegend vom Katholizismus geprägten Regionen Deutschlands, vor allem natürlich im Westen und im Süden. Auch daran kann gar kein Zweifel bestehen.

Gerade deshalb wurden auch die damaligen Deutschen Evangelischen Kirchentage – insbesondere diejenigen der unmittelbaren Nachkriegszeit, aber auch später – als wichtige und entscheidende Verbindungsclammern der unzertrennlichen Zusammengehörigkeit „hüben wie drüben“ erfahren.

Sie, lieber Herr Dr. von Weizsäcker, haben das in Ihrem Amte als Kirchentagspräsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages auch immer wieder erfahren und gewürdigt. In beeindruckender Weise war es übrigens auch spürbar im Lutherjahr 1983, als Sie selbst in Wittenberg zu Gast waren und auch den Menschen

im Osten wie im Westen zugesprochen haben: „Aber wir sind hüben und drüben Deutsche, wenn auch in zwei Staaten! Uns verbindet mehr als Sprache und Kultur und die Haftung für unsere Geschichte.“<sup>48</sup>

Auch für **Hermann Ehlers** war die Frage der deutschen Teilung übrigens eine existentielle. Und viele haben heute vergessen, wie sehr auch Ehlers mitunter – auch gegen **Adenauer** – gewissermaßen „gegen den Stachel löcken“ konnte, wenn es um diese für ihn als Protestanten und „Preußen“ zentrale Frage ging. Da hat auch er sich mancher Kritik aussetzen müssen und fand sich auch bisweilen einmal zwischen allen Stühlen wieder.

**H**ierzu gibt es eine amüsante Anekdote, die ich doch sehr erinnenswert finde, und die ich Ihnen darum jetzt nicht ersparen kann. Sie zeigt, dass Ehlers vom Gedanken der deutschen Einheit so durchdrungen war, dass er „auch die geringste Chance für ein gesamtdeutsches Gespräch zu nutzen gedachte und entschlossen schien, seinen politischen Spielraum als Bundestagspräsident voll auszuschöpfen“<sup>9</sup>:

Folgende Begebenheit wird uns berichtet:

„Sehr zum Ärger des Bundeskanzlers besuchte der Bundestagspräsident nahezu alle gesamtkirchlichen Veranstaltungen, besonders solche, die geeignet schienen, das Zusammengehörigkeitsgefühl aller Deutschen zu unterstreichen. Häufig geriet er dabei freilich zwischen die Fronten. Als er beispielsweise im Sommer 1951 am Evangelischen Kirchentag in Großberlin teilnahm, entstand für ihn gleich beim feierlichen Eröffnungsgottesdienst in der Ostberliner Marienkirche eine schwierige Situation.“

Kurz vor Beginn des Gottesdienstes betrat nämlich auch **Wilhelm Pieck** die Kirche, woraufhin sich die Anwesenden von ihren Plätzen erhoben. Ehlers blieb sitzen, verließ die Kirche aber nicht.

Daraufhin warf ihm **Martin Niemöller** vor, auch er hätte aufstehen müssen, während große Teile der westdeutschen Presse kritisierten, mit dem gemeinsamen Gottesdienst habe Ehlers die DDR anerkannt.<sup>41</sup>

Die Recht verstandene evangelische Verantwortung, das zeigt sich immer wieder, ist schon immer ein Kind der „Kritik“ gewesen. Und das in einem doppelten Sinne: Es ist zum einen ein Grunddatum der Reformation, dass der Protest der Protestanten eben nun einmal kritisches Potential bedeutet. Es ist aber zum

anderen auch klar, dass der Protestant gerade deshalb immer wissen muss, dass er der Kritik und vor allem der Selbstkritik in dieser Weltzeit – auch bei aller rechten Berufung auf sein eigenes Wissen oder Gewissen – nicht enthoben ist.

Diese Spannung gilt es immer wieder im Bewusstsein zu behalten und auszuhalten. Und diese Erkenntnis gilt es immer wieder zu vermitteln: Dass für uns nämlich gerade auch politische oder ethische Überzeugungen niemals den Rang kategorischer Glaubenswahrheiten annehmen dürfen, mit denen wir einander die rechte Gesinnung, das rechte Verantwortungsbewusstsein oder schlimmstenfalls sogar die moralische bzw. persönliche Integrität selbst absprechen.

Wahrheit ist nach evangelischer Auffassung immer perspektivisch. Das so zu formulieren, bedeutet nicht, sie zu relativieren. Es bedeutet vielmehr, die befreiende Macht, die in der Wahrheit steckt, für alle spürbar, erlebbar und nachvollziehbar werden zu lassen.

Dort wo sich die Menschen der Wahrheit, von der auch die Bibel berichtet, stellen, kommt es gewissermaßen

immer zur „Krise“<sup>12</sup>, immer zur wohlverstandenen Scheidung und Entscheidung. Das kann oftmals schmerzvoll sein. Aber nur so kann – biblisch gesprochen – die Vision von Versöhnung in einer ganz und gar von Schuld verstrickten Welt seine segensvollen Wirkungen entfalten.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident, diese Kraft der Versöhnungsbereitschaft und des Brückenbauens über alle möglichen Gräben hinweg ist in Ihren vielen Reden immer wieder auf inspirierende Weise zum Vorschein gekommen. Ich erinnere in diesem Zusammenhang nicht zuletzt auch an Ihre historische Rede anlässlich des 8. Mai 1985.

Am 3. Oktober 1990, am Tage der Wiedervereinigung vor 20 Jahren, haben Sie, sehr geehrter Herr Bundespräsident, wieder in einer zentralen Stunde der deutschen Geschichte folgendes gesagt:

„In freier Selbstbestimmung vollenden wir die Einheit und Freiheit Deutschlands. Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen. Für unsere Aufgaben sind wir uns der Verantwortung vor Gott und den Menschen bewusst. Aus

## Pressemitteilung vom 26.04.2010

### Kreuze gehören in den öffentlichen Raum

Anlässlich der Äußerungen der designierten niedersächsischen Ministerin für Soziales, Frauen, Familie, Gesundheit und Integration, **Aygül Özkan**, erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) und Parlamentarische Staatssekretär **Thomas Rachel** MdB:

„Für die Unionsparteien ist klar: Kreuze bzw. Kruzifixe als Symbole unserer kulturellen und religiösen Identität gehören in den öffentlichen Raum. Das Kreuz steht für die christlich-abendländischen Werte, auf denen unsere Gesellschaft und unser Grundgesetz aufbauen.“

Kreuze und Kruzifixe sind natürlich in erster Linie religiöse Symbole. Sie stehen für den christlichen Glauben mit seiner Auferstehungsbotschaft. Diese Hoffnungsbotschaft hat unsere Kultur aber über viele Jahrhunderte tief und nachhaltig geprägt. Daher finden wir Kreuze und Kruzifixe berechtigterweise nicht nur in den Kirchen, sondern auch im öffentlichen Bereich, auf Friedhöfen, in Krankenhäusern und in vielen Schulen. Dies soll auch so bleiben.

Politisch engagieren sich in der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands (CDU) – auf der festen Grundlage unseres christlichen Verständnisses vom Menschen und unserer klaren Wertvorstellungen – Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster Herkunft. Es ist gut, dass sich in der CDU als großer Volkspartei alle Schichten und Gruppen unseres Landes wiederfinden.“

*ganzen Herzen empfinden wir Dankbarkeit und Freude – und zugleich unsere große und ernste Verpflichtung.“*

In diesen Sätzen drückt sich für mich in verdichteter Weise aus, wofür auch der Christ und Politiker Richard von Weizsäcker beispielhaft steht: Ich meine hiermit das engagierte Plädoyer für eine Freiheit in Verantwortung, eben für die verantwortete Freiheit des Christenmenschen, wie man auch sagen könnte.

Wie ist diese besondere Verantwortung, die wir seit Luther die „Freiheit des Christenmenschen“ nennen, näher zu verstehen?

Ich zitiere abermals Richard von Weizsäcker selbst, und zwar aus seiner Rede „Christentum und Parteipolitik“, die er 1976 in seiner Funktion als Vorsitzender der Grundsatzprogrammkommission der CDU auf der 20. EAK-Bundestagung (in Stuttgart) gehalten hat.

**U**nd ich füge sogleich hinzu: Wenn dem einen oder anderen die folgenden Worte ein wenig bekannt vorkommen sollten, dann liegt das darin, dass sie an zentraler Stelle seit 1978 Eingang in unsere Parteiprogrammatik gefunden und bis heute nichts von ihrer Gültigkeit verloren haben.

*„Nach christlichem Verständnis ist Gott der Grund für Sinn und Sein. Ihm verdankt sich der Mensch, nicht sich selbst. Damit ist er vom Zwang befreit, sich und der Welt einen letzten Sinn zu geben.“*

*Diese Erkenntnis befreit und verpflichtet ihn zur sittlichen Entscheidung. Er handelt nach bestem Wissen und Gewissen. In verantworteter Freiheit gestaltet er sein Leben und seine Welt selbst: in Glaube und Freiheit verpflichtet.*

*Die absolute Wahrheit besitzt er nicht. Im Streit um den besten Weg darf er sich gegenüber den Mitmenschen nicht auf eine höhere Macht berufen. Die Bibel ist kein Rezeptbuch. Sie beantwortet nicht die Frage nach der besten Mitbestimmung und nach den richtigen Polenverträgen. Darüber müssen wir in der Demokratie untereinander streiten. Dies geschieht in eigener Verantwortung und unter gegenseitiger Achtung.*

*Denn die Freiheit des anderen ist nicht nur Grenze, sie ist auch Bedingung meiner eigenen Freiheit. (...)<sup>13</sup>*

In diesen Worten drückt sich aus Sicht des Evangelischen Arbeitskreises nicht nur ein adäquates Verständnis der politischen Verantwortung von Christen

aus, sondern hierin steckt auch der Aufruf, ja geradezu die Verpflichtung, sich auch selbst in glaubwürdiger Weise für eine diesbezügliche Kultur und Praxis der gemeinsamen Verantwortung einzusetzen.

Letzteres ist, wie ich finde, gerade dieser Tage hochaktuell:

In eine Zeit der sogenannten wachsenden „Politikverdrossenheit“, die sich doch, wenn wir ehrlich sind, auch als Krisenzeit der etablierten Parteien darstellt, ist es wichtig, immer wieder darauf hinzuweisen, dass es nicht nur darauf ankommt, welches die jeweiligen politischen Inhalte und Forderungen sind. Es kommt auch auf die Art und Weise bzw. den Geist an, wie diese Inhalte und Forderungen kommuniziert werden und wie mit den Argumenten anderer umgegangen wird.

Die Krux unserer heutigen Politik besteht ganz offensichtlich auch darin, dass es beim grundsätzlich legitimen Kräftespiel um die politische Macht oft nicht mehr hinreichend erkennbar wird, dass es eben in erster Linie noch um die Sache selbst geht.

Lieber Herr Dr. von Weizsäcker, ich möchte Ihnen an dieser Stelle ebenfalls dafür danken, dass Sie diesen entscheidenden Fragen von Macht und Moral nie ausgewichen sind. Sie haben frühzeitig die Finger in die Wunde gelegt, wenn Sie den Eindruck hatten, dass die Dinge hier ins Ungewicht geraten. Sie haben bereits 1982, damals noch als Regierender Bürgermeister von West-Berlin, eindringlich davor gewarnt, dass die Parteien ihre eigenen, legitimen Handlungsspielräume dadurch selbst verspielen, wenn sie zunehmend den vordergründigen Sieg über den jeweiligen politischen Gegner mit der Lösung der Probleme selbst verwechseln. Diese Kritik war deshalb überzeugend und glaubwürdig, weil sie keineswegs wohlfeil von außen, sondern von innen heraus, aus der Mitte einer Partei, vorgebracht wurde.

Von manchen Seiten haben Sie für diese Mahnungen viel Kritik erfahren. Und dennoch wird doch mehr und mehr offensichtlich, wie richtig Sie damit lagen und liegen: Die Bürgerinnen und Bürger haben eben ein untrügliches Gespür und eine berechtigte Abneigung gegen bloß vordergründiges Parteiengespinn.

Der Name Richard von Weizsäckers steht demgegenüber für Vernunft- und Konsensbereitschaft, für eine sachliche und differenzierte Betrachtungsweise

und für ein Politikengagement, das seiner eigenen moralischen Verantwortung eingedenk und treu bleibt – nicht zuletzt auch und gerade in der oftmals schwierigen Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner.

**S**ehr geehrter Herr Bundespräsident, lieber Dr. von Weizsäcker, nicht zuletzt auch für diesen glaubwürdigen und engagierten Beitrag zur Beförderung unserer gemeinsamen politischen Kultur danke ich Ihnen.

Sie verkörpern in vorbildhafter Weise ein Verständnis von politischer Verantwortung, das unserem Land, in der ganzen Welt, immer wieder großes Ansehen erworben hat.

Das Christ-Sein in der Politik bedeutete auch für Sie stets und zu allererst, sich der Verantwortung zu stellen. Und diese konkret geübte und gelebte Verantwortung vor Gott und den Menschen war auch Ihnen das Entscheidende und Wichtigste – ganz im Geiste von Hermann Ehlers.

Darum ist es uns als Evangelischer Arbeitskreis eine große Ehre und Freude, Sie heute und hier in seinem Namen ehren zu dürfen.

1 *Der Deutsche Bundestag* (Hg.), Hermann Ehlers – Präsident des Deutschen Bundestages – Zum Gedächtnis, Bonn 1954, S. 31.

2 *Thomas Rachel* (Hg.), Hermann Ehlers – Evangelische Verantwortung gestern und heute, Berlin 2005, S. 75.

3 *Richard von Weizsäcker*, Vier Zeiten, München 1997, S. 148.

4 *Paul Tillich*, Das religiöse Fundament des moralischen Handelns, Ges. Werke III, Stuttgart 1965, S. 181ff.

5 *Friedbert Pflüger*, Richard von Weizsäcker – Mit der Macht der Moral, München 2010, S. 41.

6 *Ebd.*; S. 40.

7 *Ebd.*, S. 9.

8 *Richard von Weizsäcker*, Der Weg zur Einheit, München 2009, S. 76.

9 *Gerhard Besier*, Ein evangelischer CDU-Politiker zur Frage der deutschen Einheit, in *KuD* 36/1990, S. 87.

10 *Ebd.*, S. 92.

11 *Ebd.*, S. 92.

12 *Das neutestamentlich-griechische Wort „Krisis“ (= daher unser Wort „Krise“) meint im Vollsinn „Scheidung“ bzw. „Entscheidung“.*

13 *Richard v. Weizsäcker*, Christentum und Parteipolitik in: *Die deutsche Geschichte geht weiter*, Gütersloh 1983, S. 114.



**Thomas Rachel** MdB

ist Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU und Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Bildung u. Forschung (BMBF).





## *Dankwort Dr. Richard von Weizsäckers*

anlässlich der Verleihung der „Hermann-Ehlers-Medaille“

**I**ch darf mich, ehe ich auf Hermann Ehlers und auf den EAK eingehe, zunächst vor allem auch für die Musik bedanken, weil die Musik ein Kern der Kultur ist und die Kultur dem Zusammenleben der Menschen dient. Die Kultur ist Kernaufgabe der Politik, daran mahnen Sie uns, dafür danke ich von ganzem Herzen. Deswegen haben wir ja auch die beiden Vereinigungsfeiern Deutschlands – zunächst im Konzerthaus und dann in der Philharmonie – gefeiert und uns erneut daran erinnern können. Kultur ist etwas, was uns alle angeht und uns alle bereichert. Sodann aber danke ich vor allem Ihnen, Herr Vorsitzender, voller Überraschung noch immer dafür, dass sie Hermann Ehlers als Preis, als Auszeichnung, auch mir zuerkennen, weil ich in ihm immer ein ganz außergewöhnliches, vorher nie erlebtes und auch später nie erlebtes Vorbild als bekennender Christ erlebt habe.

Sie haben es schon erwähnt: Sein Lebensweg ist ja noch geprägt von der Weimarer Zeit, später von der Nazizeit und dann in den kurzen Jahren, die er in der Bundesrepublik Deutschland verbracht hat. Das war keine einfache Aufgabe, in Wirklichkeit zu aller Zeiten nicht. Es war ja auch keine einfache Aufgabe in der Kaiserzeit. Man kann ja nicht anders,

als sich als evangelischer Christ daran zu erinnern, dass sich gerade evangelische Christen in der Kaiserzeit nicht selten in einer Form für Staat und Kaiserreich engagiert haben, bei der die evangelische Kirche, fast möchte man sagen: ein willfähiger Stützpfiler gewesen ist. Das ist zu unfreundlich ausgedrückt, ich gebe es zu, aber es hat eben doch eine Zeit gegeben, in der in der evangelischen Kirche die Aufgabe mehr darin gesehen wurde, zu erhalten, was wir haben, als zu gestalten, was wir als Tragpfiler wirklich brauchen.

Ob Hermann Ehlers das selber noch mit in seinen Gesinnungen hatte, das kann ich nicht beurteilen. Er war ein Lutheraner, er war auf seine Weise durchaus konservativ, er war in der christlichen Jugendbewegung besonders aktiv bis hin zu dem Zeitpunkt, wo die eingeforderte Eingliederung in die Hitler-Jugend zur Selbstauflösung der christlichen Jugendbewegung führte. Er stand der ganzen Nazizeit so fern, wie nur möglich, fern den sogenannten deutschen Christen oder dem Reichsbischof. Er gehörte schon als junger Mensch zur Bekennenden Kirche, die es schwer genug hatte und deren Existenz umso notwendiger war, und dann gehörte er zu den Gründern der CDU. Man darf ja bei diesem Gründungsvorgang nie vergessen, dass es gerade

die vielfach wirklich bis in die Konzentrationslager hinein gemeinsamen Erfahrungen der christlichen Kirchen waren, die dazu führten, die Christlich-Demokratische Union zu gründen. Insofern war bei diesem Gründungsvorgang das „U“ von entscheidender Bedeutung. Die katholische Soziallehre, die evangelische Sozialethik, sie beide waren es, die maßgeblich dazu beigetragen haben, die Grundlagen verständlich zu machen, auf denen die Gesellschaft auf ihren Weg geschickt wurde. Hermann Ehlers hat, wenn ich das richtig verstehe, mit der sogenannten evangelischen Tagung der CDU 1946 so eine Art von Vorläufer zum EAK dargestellt. Dann wurde er 1949 Mitglied des Bundestages und im Oktober 1950 Präsident des Bundestages.

**W**as heißt es, sich „christlich“ zu nennen, wenn man in der Politik tätig ist? Wir versagen vor den Forderungen der Bergpredigt nicht weniger als andere. Wir haben kein Monopol. Viele Christen sind nicht in der CDU – eine banale Feststellung. Es gibt auch viele CDU-Anhänger, die sich gar nicht dessen bewusst sind, etwas mit dem Christentum zu tun zu haben. Aber das Ziel ist nicht die Gesellschaft, sondern der einzelne Mensch. Hermann Ehlers besprach die schweren Fragen, Sie haben

es schon angedeutet, Herr Vorsitzender. Soll denn der Osten Deutschlands, ganz überwiegend evangelisch wie er war, mehr oder weniger allein die ganze Sowjetlast tragen und dadurch abgehängt werden und bleiben? Und können wir im Westen wirklich so ganz ernsthaft der Wiederbewaffnung nähertreten? Das waren Fragen, die ihn umtrieben. Es war bei ihm, wie alles was er machte, vollkommen glaubwürdig und eine harte Probe für ihn. Sie haben es dankenswerter Weise erwähnt. Er hat ja zu den Kirchentagen auch eine nahe Beziehung gehabt, und es waren ja gerade die Evangelischen Kirchentage, die uns im Ost-West-Verhältnis immer wieder einander näher gebracht haben. Und so war er noch Teilnehmer in seinem eigenen Todesjahr, im Jahr 1954 in Leipzig, der vielleicht eindrucksvollste Kirchentag, den wir je erlebt haben. Auf seiner Schlusskundgebung waren mehr als 500 000 Teilnehmer. Aber auch schon vorher in Berlin. Diese Kirchentage spielten eine durchaus prägende Rolle und das war etwas, wo Hermann Ehlers ein Vorbild und ein Beispiel war.

Jeder finde seinen Platz, seine eigene Weise sich zu bekennen, sich zu engagieren, Verantwortung zu tragen nach Ehlers Beispiel, voller Großherzigkeit, voller Weitsicht, voller Treue zu seinen eigenen Überzeugungen und immer voller Menschenrespekt. Wann, wenn nicht jetzt, verspüren wir wieder, wie wichtig das für unser Land ist: die Freiheit, die Gerechtigkeit und die Solidarität. Wir haben diese Grundwerte ja nicht allein in der CDU. Und dennoch war gerade die Übereinstimmung der Grundwerte und dann die unterschiedliche Interpretation ein besonders wertvoller und auch selbsterzieherischer Vorgang dafür, dass wir miteinander in der freiheitlichen Demokratie vorankommen. Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte ist wichtig. Die wertgeleitete Außenpolitik, ich nehme an, davon war gestern schon ausführlich die Rede, halte ich für eine ganz zentrale Aufgabe. Die Religionsfreiheit ist ein Menschenrecht.

Wir haben manchmal auch innerhalb des Evangelischen Arbeitskreises so kleine, ganz erzieherische Gespräche miteinander geführt, zum Beispiel: Worauf kommt es denn vor allem an? Also, uns wunderbaren evangelischen Christen, die wir in der Partei tätig sind, unserer evangelischen Kirche etwas näher zu bringen und die evangelische Kirche, die natürlich auch nicht frei ist von Vorurteilen, in dem was sie kirchlich macht, in Bezug auf das, was die Parteien machen, davon zu überzeugen, dass und

warum wir uns auf Grund unseres gemeinsamen Bekenntnisses eben doch in dieser Form engagieren. Aber es geht natürlich nicht darum, bei den Kirchen die Zuversicht zu unserer Partei zu stärken, sondern wichtiger ist, unseren Glauben in der eigenen Partei zu stärken – das ist und bleibt die zentrale Aufgabe. Und solche Spannungsverhältnisse treten immer wieder auf, bis zum heutigen Tag.

Darf ich noch einmal sagen, es ist mir auch wichtig, dass wir das Stichwort der „Union“ ernst nehmen. Das war nicht nur 1945 wichtig, sondern ist es auch heute noch. Noch einmal zum Thema „Kirchentag“: Im Jahre 1965 hatten wir einen Kirchentag in Köln, auf dem uns der Kardinal Frings empfing. Was machte er? Er sagte nicht: „Also, wir freuen uns, dass ihr hier seid in Köln“ usw. oder „Wir denken ja vielfach ein bisschen etwas anderes als Ihr“. Nein, sondern er nahm die Losung des Kirchentages „Zur Freiheit hat uns Christus befreit!“, aus dem Galaterbrief (5,1). Diese nutzte Frings dazu, um für uns zum Empfang in dem doch mehrheitlich katholischen Köln eine Bibelarbeit vorzutragen. Und zwei Meter neben mir standen Adenauer und Niemöller und umarmten sich!

Wenn ich an Frings und Adenauer denke, dann muss ich auch immer daran denken, dass Adenauer nach seinem Tode im Kölner Dom aufgebahrt wurde, und vier Kardinäle aus vier verschiedenen Ländern an den Ecken seines Sarges saßen. Und Frings – schon fast ganz erblindet – ging dann die Stufen zur Kanzel mühsam hinauf und sagte: „Wir gedenken heute nun der großen Leistungen Adenauers.“ Bei dieser Trauerfeier waren damals Staatsoberhäupter aus mehreren Kontinenten versammelt und Frings sagte: „Ja, ja, er gehörte zu unserer Gemeinde. Es war oft sehr schwierig mit ihm, aber jetzt haben wir ihn wieder.“ Also, ich will ja nicht behaupten, dass das eine besonders innere evangelische Regung in Frings war, aber es fällt mir eben nun bei der Frage der Bedeutung nach dem „U“ wieder ein. Und Sie, Herr Vorsitzender, haben das auch schon erwähnt: Von Seiten der EKD hatten wir ja im Jahr 1965 die „Ostdenkschrift“ herausgegeben, die, auch das haben sie erwähnt, ja keineswegs nur zu begeisterter Übereinstimmung führte, sondern zu großen Auseinandersetzungen.

Wir haben dann damals, da ich an der Denkschrift auch inhaltlich ziemlich deutlich beteiligt gewesen bin, die Präsidien der Parteien vorgeladen. Und das war doch sehr interessant. Mitte 1965 war das

Präsidium der SPD von dem Inhalt dieser Ostdenkschrift doch schon noch etwas irritiert. Es ist nicht so, dass Brandt und Schmidt und Erler usw. im Jahre 1965 wild entschlossen waren, die Oder-Neiße-Grenze anzuerkennen. Aber das war ja auch ein unendlich schwerer Schritt, wie wir alle wissen. Aber die Ostdenkschrift konnte nur zustande kommen, weil vorher die polnischen katholischen Bischöfe auf dem Zweiten Vatikanum ihrerseits jenen doch für einen Polen wahrhaft eindrucksvollen Satz prägten: „Wir vergeben und bitten um Vergebung.“ Das waren die Wege, mit denen wir auch damals von evangelischer Seite Kontakt untereinander suchten.

Wir haben gerade einen Ökumenischen Kirchentag in München erlebt. Und bei diesem Ökumenischen Kirchentag hatten wir das Glück, auf katholischer Seite einen Gastgeber für uns evangelische Laien zu finden, der ja auch den Namen Glück trägt. Und er hat zusammen mit dem Vorsitzenden des Evangelischen Kirchentages auf diesem Ökumenischen Kirchentag doch wieder wesentlich dazu beigetragen, dass man in dem, was man unter Christentum versteht und als Aufgabe davon ableitet, einander deutlich Schritt für Schritt wirklich näher kommen kann und muss, gerade auch in einer Zeit, in der es manche Probleme bei der katholischen Kirche gibt. Deswegen habe ich mich sehr darüber gefreut, dass auf diesem Ökumenischen Kirchentag der katholischen Kirche von evangelischer Seite mit wirklich ganz und gar offenen Armen und mit hilfreichen Äußerungen ein Schritt entgegen gegangen worden ist. Das haben wir auch zu tun, so habe ich das jedenfalls auch immer innerhalb des Evangelischen Arbeitskreises verstanden.

Meine Damen und Herren, ich freue mich, in ihrer Mitte zu sein, ich freue mich, dass wir gemeinsam noch einmal an Hermann Ehlers erinnern dürfen. Er war ein wunderbarer Mann, er hat alle Leute für sich zu gewinnen vermocht, er hat hart und immer bescheiden und voller Menschenzuneigung gesprochen. Kein anderer als Carlo Schmid hat Hermann Ehlers in dieser Richtung zu seinen Lebzeiten als das Vorbild des Bundestages bezeichnet. Das ist er gewesen und ein solches Vorbild bleibt er auch heute inmitten einer Zeit, die noch viele Probleme ungelöst vor sich hat. Frau Merkel hat Ihnen das, dessen bin ich gewiss, gestern auch nahe gebracht. Und die Kraft, die sie aufwendet, imponiert mir ganz kolossal, zumal angesichts der Schwierigkeiten, die sie von allen möglichen Seiten hat. Aber ein bisschen helfen, können wir dabei schon auch.



David Friedrich Strauß,  
**Die christliche Glaubenslehre in ihrer geschichtlichen Entwicklung und im Kampfe mit der modernen Wissenschaft**  
 WBG, Darmstadt 2009  
 ISBN 978-3-534-22037-3  
 2 Bände, gebunden, 1516 Seiten, 99,00 EUR

Es ist ein großes Verdienst der Wissenschaftlichen Buchgesellschaft, diese so bedeutsame „Antidogmatik“ des 19. Jahrhunderts in einer ansprechenden und gut lesbaren Gestalt (Text in Reprintform) wieder aufgelegt zu haben. Gerade in Zeiten, in denen zum Teil ähnlich erbittert und grundsätzlich um die Vereinbarkeit von christlichem Glauben und moderner Wissenschaft gerungen wird, ist es ungemein anregend, sich mit diesem zentralen Werk der Dogmen-, Kirchen- bzw. Theologiekritik erneut zu beschäftigen. David Friedrich Strauß, der sich selbst von seinem 31. Lebensjahr an nicht mehr als christlicher Theologe verstand, wurde wie sonst kaum ein anderer auf der einen Seite heroisiert und auf der anderen verketzert. Als Links-Hegelianer schildert er die Inhalte der christlichen Glaubenslehre „in ihrer geschichtlichen Entwicklung und im Kampfe mit der modernen Wissenschaft“, indem er sämtliche Hauptstücke der klassisch „orthodoxen“ Dogmatik einer radikalen historischen und religionsphilosophischen Kritik unterzieht. In dieser provokanten philosophisch-theologischen Destruktion („Die wahre Kritik des Dogma ist seine Geschichte“) liegt ein Schlüssel auch für das Verständnis vieler theologischer Vermittlungsprobleme unserer heutigen Zeit. Werner Zager hat diesem Werk eine gelungene, kurze Einführung an den Anfang gestellt.

Empfehlung ★★★★★



Hans Thomas/Johannes Hattler,  
**Glaube und Gesellschaft – Gefährden unbedingte Überzeugungen die Demokratie?**  
 WBG, Darmstadt 2009  
 ISBN 978-3-534-23029-7  
 gebunden, 208 Seiten, 19,90 EUR

„Gefährden unbedingte Überzeugungen die Demokratie?“ – Ein Kreis interdisziplinärer Wissenschaftler diskutiert auf einer Tagung über eine zentrale Frage unserer modernen Gesellschaft und Politik, zu der das private Lindenthal-Institut eingeladen hat, das sich der Initiative eines Freundeskreises von Hochschullehrern und Hochschulangehörigen aus dem Jahre 1973 verdankt. Da unbedingte Überzeugungen auch zum Glauben gehören, werden wichtige Themen wie z.B. „Toleranz“, „Relativismus“, „Political Correctness“, „Wahrheit in der Postmoderne“ und „Glaube und Säkularisierung“ in sowohl erkenntnistheoretischer wie auch praktisch-ethischer bzw. politischer Hinsicht (Fallbeispiele z.B. zur Familienpolitik und Antidiskriminierungsgesetzgebung) systematisch und tiefgründig erörtert. Auf der Grundlage normativ-naturrechtlicher, römisch-katholischer Vorstellungen wird in den unterschiedlichen Beiträgen zum Ausdruck gebracht, dass neben der grundsätzlich freiheitssichernden Funktion eines Pluralismus´ der unterschiedlichen Überzeugungen, eine Überstrapazierung des Pluralismusprinzips zu einer problematischen Relativierung

privater und staatlicher Wertebekennnisse führen kann. Neben dem Abdruck der Originalvorträge (u.a. von Robert Spaemann, Manfred Spieker und Rocco Buttiglione) sind in diesem Band auch die jeweiligen Ausspracheteile des Kölner Colloquiums von 2008 mit dokumentiert. Mit Ausnahme einiger politisch-polemischer Seitenhiebe auf die CDU, die die ansonsten beachtliche Diskurshöhe bedenklich absinken lassen, ist dies eine durchaus anregende Lektüre, die deutlich macht, dass Verfassung, Staat und Gesellschaft zur Freiheitssicherung aller einen Mindestkanon unverrückbarer (überpositiver) Grundrechte und Grundwerte benötigen, die keiner beliebigen Änderung durch parlamentarische Mehrheiten unterworfen sein dürfen.

Empfehlung ★★★★★



Friedbert Pflüger,  
**Richard von Weizsäcker Mit der Macht der Moral**  
 Deutsche Verlags-Anstalt, München 2010  
 ISBN 978-3-421-04445-7  
 gebunden, 223 Seiten, 19,95 EUR

Dieses Buch von Friedbert Pflüger, dem ehemaligen Mitarbeiter und jahrelangen Wegbegleiter Richard von Weizsäckers, gehört mit zu den besten Veröffentlichungen über den Altbundespräsidenten. Das Buch will bewusst keine Biographie sein, die alle Stationen, Ereignisse, Reisen und Reden dokumentiert und beschreibt, sondern beschränkt sich auf die wichtigen Themen seines Lebens. Es konzentriert sich somit auf die Schwerpunkte dessen, was ihn in seinen verschiedenen Funktionen bestimmt und bewegt hat. Das Beeindruckende an diesem Buch ist die gelungene Verbindung zwischen Nähe und Distanz, der sich Pflüger immer bewusst bleibt, und in der allgemeine Darstellung und subjektiv-persönliche Schilderung auf äußerst interessante Weise ineinandergreifen. Unbedingt lesenswert!

Empfehlung ★★★★★



Hans-Martin Gutmann,  
**Gewaltunterbrechung: Warum Religion Gewalt nicht hervorbringt, sondern bindet Ein Einspruch**  
 Gütersloher Verlagshaus, Gütersloh 2009  
 ISBN 978-3-579-08112-0  
 gebunden, 188 Seiten, 22,95 EUR

Es gibt gegenwärtig kaum einen Gewaltkonflikt, in dem nicht Religion im Spiel ist. Der Autor zeigt die Ambivalenzen im Verhältnis von Religion und Gewalt auf und beschäftigt sich mit der Frage, wie Gewalt gerade auch durch Religion wiederum unterbrochen, begrenzt und ihrer Faszination beraubt werden kann. Eine interessante, an manchen Stellen leider etwas zu abstrakte, akademisch-theologische Abhandlung zu einem hochaktuellen und vielschichtigen Thema.

Empfehlung ★★★★★

# Die um seines Namens willen verfolgt werden

## Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert

Mit großer Sorge sieht der Evangelische Arbeitskreis der CDU/CSU, dass die Religionsfreiheit in 64 Ländern der Erde, die zusammen fast 70% der Weltbevölkerung ausmachen<sup>1</sup>, sehr stark eingeschränkt ist oder gar nicht existiert. Die größte verfolgte religiöse Minderheit in diesen Ländern sind 200 Mio. Christen verschiedenster Konfessionen, während umgekehrt erfreulicherweise – außer Kuba und Belarus – kein Land mit einer christlichen Bevölkerungsmehrheit zu den Staaten mit eingeschränkter Religionsfreiheit gehört.

Der Einsatz für Religionsfreiheit überhaupt und für den Schutz verfolgter christlicher Minderheiten ist ein besonderes Anliegen aller Mitglieder der CDU/CSU, gleich welcher Religion oder nichtreligiösen Weltanschauung, und zu Recht ein wichtiger Bestandteil der Grundsatzprogramme von CDU und CSU. Die Religions- und Gewissensfreiheit ist ein zentrales Menschenrecht, ohne die andere Menschenrechte unvollständig bleiben.

Es geht immer um die Verfolgung der Anhänger bestimmter Religionen. Indem wir uns für sie einsetzen, engagieren wir uns gleichzeitig aber immer auch für die Religions- und Gewissensfreiheit aller. Wir wissen dabei um die unterschiedlichen Ursachen, die oft auch ethnischen, wirtschaftlichen oder machtpolitischen Ursprungs sind. Wir wissen auch, dass Christen hierbei nicht nur Opfer, sondern auch Täter sein können.

Wir begrüßen, dass der Deutsche Bundestag auf Initiative der CDU/CSU-Bundestagsfraktion die Frage der Christenverfolgung mehrfach diskutiert hat. Das Anliegen wurde parteiübergreifend von Parlament und Regierung aufgegriffen.

Wichtige Beispiele sind der mit breiter Mehrheit unterstützte Beschluss „Solidarität mit verfolgten Christen und anderen verfolgten religiösen Minderheiten“ vom 31. Januar 2007 oder die von der Bundesregierung in der Europäischen Union (EU) durchgesetzte Aufnahme von 10.000 vorwiegend christlichen Religionsflüchtlingen aus dem Irak.

Wir begrüßen die Aufnahme des Einsatzes für Religionsfreiheit als Ziel der deutschen Außenpolitik in dem Koalitionsvertrag von CDU, CSU und FDP für die 17. Wahlperiode des Deutschen Bundestages ebenso wie die ausdrückliche Erwähnung verfolgter christlicher Minderheiten. Weiterhin befürworten wir die wachsame Unterstützung durch die EU-Abgeordneten der CDU/CSU im Rahmen der Initiativen und Forderungen der EVP-ED und der Entschließungen des Europaparlaments zur Religionsfreiheit in Ländern wie Indien, Vietnam, Ägypten und Malaysia. Es ist Aufgabe der Europäischen Union, auch weiterhin für die Förderung und den Schutz der Religions- und Weltanschauungsfreiheit einzutreten. Die Hohe Repräsentantin der EU für die Außenpolitik, Catherine Ashton, fordern wir auf, diese Priorität im Handeln umzusetzen.

Es ist Aufgabe der Politik, beim vertieften Wirtschaftsaustausch mit den aufstrebenden Mächten verlässliche rechtsstaatliche Verhältnisse und faire Regeln zu fordern. Im Interesse Deutschlands liegt daher eine intensive Kooperation mit diesen Staaten, die zu einer verantwortungsvollen Außenpolitik sowie zu einer Festigung innerer Stabilität bewegt. Nur durch Demokratie, Beteiligung der Bürger, Schutz der Grundrechte und Transparenz können die neuen Mächte dauerhaft politisch und sozial stabil bleiben. Hierzu gehört auch die Religionsfreiheit.

Aber politische und kirchliche Aktivitäten reichen nicht aus, das Problembewusstsein zu schärfen. Hier fällt den Medien aller Sparten eine besondere und herausragende Bedeutung zu. Wir begrüßen ausdrücklich die Bereitschaft, sich mit diesen Themen zu beschäftigen. Gleichwohl ist es für eine angemessene Würdigung der Bedeutung des Problems „Religionsfreiheit“ unerlässlich, hier noch aktiver zu werden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil die Verfolgung aus religiösen und Gewissensgründen eine der häufigsten Arten von Menschenrechtsverletzungen ist.

Hierbei darf sich die Nachrichtenvermittlung nicht auf die persönliche Bedrohung von Leib und Leben Einzelner oder von Glaubensgruppen beschränken, ein ebenso unerträgliches Unrecht ist die Zerstörung oder Schließung von Gotteshäusern sowie die Vertreibung ganzer Volksgruppen. Von gleicher Wertigkeit ist die Bedrohung ganzer Berufszweige wie Geistlicher verschiedener Religionen oder auch Journalisten, die sich dem Thema widmen bzw. sich weigern, herabwürdigende Nachrichten zu verbreiten.

Die Religionsfreiheit ist eine der wesentlichen Errungenschaften freiheitlicher Demokratien. Nicht zuletzt aus diesem Grunde ist die Freiheit des Glaubens, des Gewissens sowie die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses ganz am Anfang in den Grundrechten des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland aufgenommen worden. Deshalb können wir gemäß des völkerrechtlichen Prinzips der Gegenseitigkeit von Regierungen, in deren Ländern Christen und andere religiöse Gruppen verfolgt werden, verlangen, dieses Prinzip und damit die Religionsfreiheit anzuerkennen.

Der EAK der CDU/CSU begrüßt, dass die 10. Synode der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) bei ihrer 7. Tagung im November 2008 zu diesem Thema unmissverständlich Stellung genommen hat: „Das weltweite Leiden von Christen beim Namen zu nennen, ist eine wichtige Aufgabe der Kirche.“ Wir unterstützen ausdrücklich den „Tag der verfolgten Christen“, den die EKD am 28. Februar dieses Jahres erstmalig ausgerufen hat.

Wissenschaftlich gesicherten Erkenntnissen zufolge sind einige Religionen anteilig viel stärker betroffen als andere, so etwa die Bahai oder das nichtwestliche Christentum. Aufgrund

der großen und stetig wachsenden Anzahl von Christen in Ländern ohne Religionsfreiheit wie China, ist die nichtwestliche Christenheit zahlenmäßig am stärksten betroffen, insbesondere wenn es um Fälle von konkreter Gewalt geht. Wir erinnern in diesem Zusammenhang an die 50.000 betroffenen Christen aus dem indischen Bundesstaat Orissa in den Jahren 2008/2009 (darunter 500 Tote) oder an die 100.000 verfolgten Christen von den indonesischen Molluken-Inseln (darunter mehrere tausend Tote) in den Jahren 2000/2001. Zahlenmäßig gibt es derzeit keine Parallelen bei anderen Religionen.

Insbesondere weisen wir auf die zunehmend schwierige Lage alteingesessener christlicher Kirchen in den islamischen Ländern des arabischen, persischen und türkischen Kulturraums hin. Zu diesen Minderheiten, die meist weit in vorislamische Zeit zurückreichen, gehörten einst Millionen. Die meisten von ihnen leben heute in Nachbarländern oder der westlichen Welt. Ihre Zahl nimmt im Orient durch ständige Bedrängnis und gewaltsame Vertreibung dramatisch ab. Nur in Ägypten hat sich noch eine christliche Minderheit in Millionestärke erhalten, die jedoch jüngst zunehmend bedrängt wird. In allen anderen Ländern sind aus den Millionen längst Hunderttausende, zum Teil nur noch Tausende geworden. Viele alte Kirchengebäude, die im Osmanischen Reich für Gottesdienste genutzt wurden, dürfen heute in der Türkei nicht mehr genutzt werden und verfallen.

Wir begrüßen, dass die EU-Kommission in ihrem neuen Fortschrittsbericht zur Aufnahme der Türkei in die EU ausführlich die fehlende Religionsfreiheit in der Türkei dargestellt hat und darauf hinweist, dass vor einer Aufnahme in die EU hier auf jeden Fall grundlegende Änderungen vorgenommen werden müssen. Wir schließen uns insbesondere der Forderung an, dem ökumenischen Patriarchen in Istanbul volle Bewegungsfreiheit und den orientalischen Kirchen eine umfassende Rechtspersönlichkeit zu geben, ihnen ihre Kirchen und Grundstücke zurückzugeben und die theologische Ausbildung des kirchlichen Nachwuchses samt der Öffnung des zerfallenden Seminars in Halki endlich zuzulassen.

Wir begrüßen, dass alle Muslime, gerade auch diejenigen türkischer Nationalität oder mit türkischem Migrationshintergrund, in Deutschland rechtlich und tatsächlich volle Religionsfreiheit genießen. Wir bitten sie, insbesondere sofern sie Mitglieder von CDU oder CSU sind, positive Rückmeldungen an ihre Freunde sowie an die Regierung in der Türkei zu geben, und sie zu überzeugen, dieselbe Religionsfreiheit in der Türkei zu gewähren. Dies gilt für die islamischen Minderheiten wie den Sufis oder der Ahmediya ebenso, wie auch für die alteingesessenen orientalischen sowie jüngeren katholischen und protestantischen Kirchen.

Wir fordern die aufgrund eines UN-Mandates in Afghanistan engagierten Länder auf, immer wieder anzumahnen, dass auch die Religionsfreiheit zu einer freien und demokratischen Gesellschaft gehört, wie sie dort aufgebaut werden soll.

In der afghanischen Verfassung wird, angelehnt an die Scharia, die Todesstrafe für Menschen gefordert, die vom Islam zu anderen Religionen übertreten wollen. Es ist unerträglich, dass diese Forderung noch immer Bestand hat und bisher in entsprechenden Fällen nur auf Druck des Auslands, darunter auch der Bundesregierung, die Verhängung der Todesstrafe verhindert werden konnte.

Wir fordern die bei einem Aufbau einer demokratischen Gesellschaft im Irak beteiligten Kräfte auf, Religionsfreiheit und den Schutz der alteingesessenen religiösen Minderheiten

als selbstverständlichen Teil einer Demokratie anzuerkennen und durchzusetzen. Die Vertreibung von Hunderttausenden Christen, Mandäern und anderer religiöser Minderheiten schadet dem Land schwer und steht im Widerspruch zu einer freien Gesellschaftsordnung.

Ein weiterer wichtiger Punkt betrifft das Problem von Asylsuchenden, die allein oder unter anderem ihre religiöse Konversion als Grund für die zu erwartende Gefahr für Leib und Leben in ihrem Heimatland anführen. In diesem Zusammenhang ist zu betonen, dass zu der zu schützenden Religionsfreiheit der Asylsuchenden, wie beispielsweise bei den Christen, auch der Gottesdienstbesuch gehört. Im Einzelfall ist sicherlich konkret zu prüfen, ob eine echte Konversion im Sinne der jeweiligen Religionsgemeinschaft – etwa der christlichen Kirchen – vorliegt, und ob es eine inländische Fluchtalternative gegeben hätte. Die entsprechenden EU-Richtlinien sind in geltendes deutsches Recht umzusetzen.

Wir fordern die Vereinten Nationen und den UN-Menschenrechtsrat dringend auf, jedem Versuch zu widerstehen, das Recht auf Religionswechsel, wie in Artikel 18 der Allgemeinen Menschenrechtserklärung niedergelegt, zu schwächen oder zu verwässern, wie es die Organisation Islamischer Staaten wünscht. Wir danken der Bundesregierung, dass sie hier immer wieder mahnend ihre Stimme erhoben hat.

Wir fordern die Vereinten Nationen und den UN-Menschenrechtsrat dringend auf, auf die wiederholten Resolutionen, die sich gegen die sogenannte „Diffamierung“ von Religionen („Defamation of Religion“) richten, zu verzichten, auch wenn die Beschlüsse derzeit keinerlei Rechtskraft haben. Diese Resolutionen sind von Staaten der Organisation Islamischer Staaten vorgelegt worden, in denen ausschließlich der Islam namentlich erwähnt wird und keinerlei individuelle Rechte angesprochen werden.

In diesen Texten geht es keineswegs um wirkliche Religionsfreiheit, sondern darum, die Religions- und Meinungsfreiheit anderer Religionen und nichtreligiöser Menschen einzuschränken. Auch hier danken wir der Bundesregierung, dass sie gegen diese Resolutionen gestimmt hat.

Wir begrüßen, dass die Bundesregierung maßgeblich an der Resolution zur „Beseitigung aller Formen religiöser und glaubensbedingter Intoleranz und Diskriminierung“, die seit 2004 von der EU in die Generalversammlung und den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen eingebracht wird, mitwirkt.

*1 Darin stimmen die führenden Forschungseinrichtungen weitgehend überein: Pew Foundation: „Global Restrictions on Religion“, Pew Forum on Religion & Public Life, Dezember 2009, <http://pewresearch.org/pubs/1443/global-restrictions-on-religion>; Hudson's Institute Center for Religious Freedom: Paul A. Marshall. *Religious Freedom in the World*. Plymouth, 2008; Internationales Institut für Religionsfreiheit: [www.iirf.eu](http://www.iirf.eu).*

## Videomitschnitt zur 47. EAK-Bundestagung

Eine DVD mit den Grußworten und Reden des ersten und zweiten Veranstaltungstages können Sie ab sofort zum Preis von 5,00 EUR in der EAK-Bundesgeschäftsstelle (Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin) oder per E-Mail unter [eak@cdu.de](mailto:eak@cdu.de) bestellen.



v.l.n.r.: Horst Seehofer, Erzbischof Dr. Robert Zollitsch, Thomas Rachel und Erzbischof Reinhard Marx

## „Damit Ihr Hoffnung habt“

Der EAK auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag in München

„Damit ihr Hoffnung habt“: So lautete das Leitwort für den 2. Ökumenischen Kirchentag (2. ÖKT), der vom 12. bis 16. Mai 2010 in München stattfand. Das Leitwort, dem 1. Petrusbrief im Neuen Testament (Kapitel 1, Vers 21) entlehnt, sollte in den Zeiten einer tiefgreifenden Vertrauenskrise allen Christinnen und Christen ein Signal der Ermutigung und Hoffnung geben.

Hoffnung gaben auch die Beiträge der Grußwortredner auf dem traditionellen Abendempfang anlässlich des 2. Ökumenischen Kirchentages in München, zu dem der EAK geladen hatte. Rund 600 Gäste, darunter zahlreiche prominente Vertreter aus den evangelischen, katholischen und orthodoxen Kirchen sowie der Politik, waren der Einladung gefolgt und kamen am 12. Mai im Münchner Künstlerhaus zusammen und miteinander ins Gespräch.

Der EAK-Bundesvorsitzende und Staatssekretär im Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF), **Thomas Rachel MdB**, betonte eingangs, dass Christen gerade im Ernstnehmen ihres Glaubens immer wieder

die hoffnungsvolle Erfahrung machen könnten, wie viel Gemeinsamkeiten doch bestünden: „Als Christinnen und Christen, als Geschwister im Glauben, eint uns mehr als uns trennt. Dies ist eine Erfahrung – quer über alle Konfessionsgrenzen hinweg und nicht selten auch quer über alle Parteigrenzen hinweg“.

Der amtierende Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland, **Präses Nikolaus Schneider**, hob hervor, dass der Glaube keineswegs Privatsache, sondern öffentlich sei: „Es wird öffentlich wahrgenommen, was wir aus dem Glauben heraus zu sagen haben. Es wird öffentlich wahrgenommen, welche Kraft der Glaube entfalten kann für den einzelnen Menschen, für die Persönlichkeit“.

Schneider machte in seinem Grußwort auch deutlich, wie wichtig die Kommunikation untereinander und miteinander ist. Es sei, „wesentlich was auf solchen Kirchentagen passiert, dass wir miteinander reden, Meinungen austauschen, uns darüber klarwerden, dass wir einen Rhythmus brauchen für unser Leben, nämlich zwischen Arbeit und Ruhe. Und, dass ein solcher Rhythmus nicht nur für den

Einzelnen wichtig ist, sondern auch für das Zusammenleben einer ganzen Gesellschaft und, dass es sich deshalb auch lohnt für den Schutz der Sonntagsruhe einzutreten.“

Darum, so der Ratsvorsitzende in seinem Grußwort weiter, brauchten wir Kirchentage ebenso wie symbolische Orte und öffentliche Symbole des Glaubens. Der öffentliche Diskurs über diese Symbole sowie über den Glauben sei daher sehr wertvoll und gebe Menschen die Möglichkeit sich ihres Menschseins neu zu vergewissern, gerade in Zeiten der Veränderung und Verunsicherung. Gerade jetzt müssten wir wieder neu fragen: „Wer bin ich eigentlich und was sind die Ziele meines Lebens und worauf ist wirklich verlass?“ Ein Kirchentag sei eine Kraftquelle, um hier für sich neue Grundlagen zu finden, aber auch zu fragen, wie es gerecht zugeht in unserer Gesellschaft.

Ähnlich äußerte sich der Erzbischof von München und Freising, **Reinhard Marx**, über die Bedeutung der Hoffnung für die Menschen, indem er die Frage nach der Wahrwerdung des Evangeliums mit dem Greifbar- und Sichtbarmachen

des Glaubens in der Politik verknüpfte: „Für uns steht zur Debatte wie die Hoffnungen der Christen sichtbar, greifbar, erfahrbar werden in politischer Rahmenordnung, im persönlichen Verhalten, in der Caritas, in den verschiedenen Institutionen aus denen eine Gesellschaft besteht. Da ist es sehr wichtig, dass sich viele Menschen in der Politik engagieren.“

In diesem Zusammenhang dankte Erzbischof Marx allen Vertretern der Parteien für die Freude, aber auch für die Mühen und Anstrengungen, mit denen sie sich in der Politik engagieren. Gerade ein Arbeitskreis wie der EAK und eine Veranstaltung wie der Abendempfang in München würden zeigen, dass Menschen sich gerne zusammenfinden, die auf gemeinsamen Wertegrundlagen in einem politischen Miteinander stehen. Über diese Wertegrundlage – das „C“ der CDU – werde häufig debattiert:

„Das „C“ kann man auch missverstehen als eine reine Rückwärtsorientierung, als eine museale Vorstellung, von dem was einmal war und was man bewahren müsste, darum geht es jedoch nicht. Es ist immer wichtig, zu bewahren, aber wir bewahren nur indem wir innovativ nach vorne schauen. Das „C“ ist die innovativste, produktivste Kraft, auch für die CDU. Das gilt aber auch für alle Christen, die in anderen Parteien tätig sind. Das „C“ ist, wenn wir auf das Evangelium schauen, wenn wir auf Jesus Christus schauen, die

Kraft zum Denken. Wenn wir mit Jesus in Berührung kommen, ist nicht zunächst die moralische Frage da – das Christentum reduziert sich nicht auf Moral, das wäre entsetzlich langweilig – sondern das Christentum ist ein neues Koordinatensystem des Denkens. Wir haben einen Gott gefunden, der uns anschaut. Und in diesem neuen Koordinatensystem der unzerstörbaren Liebe Gottes, können wir die Kraftquellen für das Engagement in der Welt voranbringen und auch die richtigen Prioritäten setzen.“

Es gebe keine andere Religion, die von der Gottebenbildlichkeit des Menschen ausgehe, so der Erzbischof von München und Freising: „Wir denken, das sei selbstverständlich für die ganze Welt. Das ist es nicht. Es ist jüdisch-christliche Tradition. Jeder Mensch, ob Christ oder Nicht-Christ, was immer er denkt und glaubt und tut, er ist ein Bild Gottes. Wenn wir das einmal richtig realisieren, wissen wir, wo die Schwerpunkte der Politik in allen Bereichen zu liegen haben. Das gilt auch für die konkreten Punkte. Da aber bitte ich um Verständnis, dass ich darauf nicht im Einzelnen eingehen kann. Es würde mich sehr reizen die einzelnen Politikfelder abzuarbeiten, aber vielleicht komme ich hierzu einmal zum Evangelischen Arbeitskreis zu einer Sonderveranstaltung. Wenn wirklich diese Grundlage des christlichen Glaubens im Zentrum steht, ergeben sich viele andere Bereiche, von einer Sozialen

Marktwirtschaft angefangen, die auch nicht in allen Bereichen in unseren politischen Kräften immer als Zielvorstellung im Blick steht, bis hin zu der Frage, wie wir mit dem Leben des Menschen umgehen. Hier könnte man vieles machen.“

Der Freude am Dialog über Glaube und Politik verlieh in gleicher Weise wie Erzbischof Marx der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, **Erzbischof Dr. Robert Zollitsch**, in seinem Grußwort Ausdruck. Dieser Dialog sei ein wichtiges Moment des historisch gewachsenen Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, in dem sich die Unabhängigkeit voneinander mit den Elementen des Zusammenwirkens verbinde. Zollitsch nannte den Dialog „notwendiger denn je“. Denn in einer globalisierten und pluralen Welt gebe es keine Alternative zum offenen und von gegenseitigem Respekt geprägtem Meinungsaustausch. Hierbei sei der Evangelische Arbeitskreis ein Garant für den entschiedenen Dialog, auch und insbesondere daher, weil sich seine Mitglieder dafür einsetzten, dass aus Freiheit nicht Beliebigkeit, aus Toleranz nicht Indifferenz und Gleichgültigkeit wird. Diese Aufgabe bliebe eine der wichtigsten Herausforderungen für die Zukunft.

Dass der christliche Glaube über Hunderttausend Menschen voller Begeisterung und Freude anziehen vermag, dies hob auch der Bayerische Ministerpräsident



Präses der EKD-Synode, Katrin Göring-Eckardt, und Thomas Rachel



Dr. Thomas de Maizière und EAK-Bundesgeschäftsführer Pastor Christian Meißner



Prof. Dr. Dr. Eckard Nagel



Die Gäste des EAK-Empfanges im Münchner Künstlerhaus



Thomas Rachel und Vizepräsident der EKD-Synode, Dr. Günther Beckstein



Der EKD-Ratsvorsitzende, Präses Nikolaus Schneider

**Horst Seehofer** in seinem Grußwort hervor und betonte gleichzeitig die Wichtigkeit des Glaubens in Krisenzeiten. Darauf machte auch der evangelische Präsident des 2. Ökumenischen Kirchentages, **Prof. Dr. Dr. Eckard Nagel**, in seinem Redebeitrag aufmerksam. Auch stellvertretend für den ebenfalls anwesenden katholischen Kirchentagspräsidenten **Alois Glück** machte er deutlich, dass eine Krise auch immer eine neue Chance in sich birgt. Oft seien Krisen Vorboten von Fortschritt. Man müsse zunächst erkennen, dass sich der bisherige Kurs nicht unverändert fortsetzen lasse, dann werde man empfänglich für innovative Ideen oder altbewährte Orientierungshilfen. Auch die gegenwärtigen Krisen könnten als Werte-Krisen bezeichnet werden, so der evangelische Kirchentagspräsident.

Dies gelte insbesondere für die aktuelle Finanzkrise, welche ein erhöhtes Bewusstsein dafür geschaffen hätte, dass eine Politik mit klaren und transparenten Wertevorstellungen auf Dauer der einzige Weg sein werde, um Schleichwege, die sich als Sackgassen entpuppten, zu vermeiden und gesellschaftlichen Fortschritt nicht zu verspielen. In dieser Diskussion spielten auch christliche

Überzeugungen eine wichtige Rolle: „Der Glaube erschöpft sich nicht. Ein solches Verständnis von Religion als bloßer Wertelieferant in Krisenzeiten würde zu kurz greifen. Der christliche Glaube gibt den Menschen auf der einen Seite Hoffnung auf Wandel, Hoffnung auf eine bessere Zukunft und auf der anderen Seite die Zusage, dass die Menschen Kraft haben. Kraft, die sie benötigen, um das Erhoffte Wirklichkeit werden zu lassen.“

**I**m Namen der Bundesregierung und der Bundeskanzlerin überbrachte Bundesinnenminister **Dr. Thomas de Maizière MdB** herzliche Grüße. Besonders erfreut zeigte sich de Maizière dabei über das aus 600 Kehlen erklungene „Lobe den Herren“, wo es in der ersten Strophe heißt: „Kommet zu Hauf“. Dies gelte, so der Innenminister, in ganz besonderer Weise für den Ökumenischen Kirchentag, welcher nicht nur ein großes Zusammenkommen, gemeinsame Gespräche und eine gegenseitige Selbstvergewisserung bedeute, sondern ebenso ein Hinausgehen, fröhlich und laut Harfe und Psalter erklingen lassen in die Gesellschaft, so dass alle davon angesteckt würden. Im Anschluss an die



Thomas Rachel bei der Bibelarbeit auf dem 2. Ökumenischen Kirchentag

Grußworte hatten die Gäste beim Empfang im Münchner Künstlerhaus dann auch die Gelegenheit, intensiv miteinander ins Gespräch zu kommen – in einer ganz besonderen Atmosphäre der gegenseitigen Verständigung, die einen fruchtbaren Boden für anregende Gespräche schuf. Denn unter den Gästen waren in diesem Jahr nicht nur Landesbischöfe der Evangelischen Kirche in Deutschland, sondern auch zahlreiche Vertreter der katholischen und orthodoxen Kirchen, wie hier etwa der griechisch-orthodoxe Metropolit Augoustinos sowie der rumänisch-orthodoxe Metropolit Dr. Serafim Joanta.

Der rege Austausch vom Vorabend setzte sich am Messestand des Evangelischen Arbeitskreises auf der Agora, dem Markt der Möglichkeiten, fort. Drei Tage lang präsentierte sich der EAK hier den über Hunderttausend Tages- und Dauer Gästen des Kirchentages auf der Neuen Messe München – mit großem Erfolg und vielen konstruktiven und manchmal auch kontroversen Gesprächen. Einen weiteren wichtigen Programmpunkt stellte die Bibelarbeit des EAK-Bundesvorsitzenden Thomas Rachel zu Matthäus 25,31-46 („Vom Weltgericht“) dar. Rachel nahm ebenfalls zusammen mit dem bayerischen Landesbischof **Dr. Johannes Friedrich** an einer Podiumsdiskussion der evangelischen und katholischen Akademien zum Thema „Bildung ist mehr! – Hochschulen und die Bologna-Reform“ teil.

## Pressemitteilung vom 25.06.2010

### Abbruch lebensverlängernder Maßnahmen kann ethisch gerechtfertigt sein

*Anlässlich des heutigen Urteils des Zweiten Strafsenates des Bundesgerichtshofes (BGH) erklärt der Bundesvorsitzende des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK), Parlamentarische Staatssekretär und Bundestagsabgeordnete Thomas Rachel:*

„Der Abbruch lebensverlängernder, medizinischer Maßnahmen kann unter gewissen Umständen als angemessene und ethisch gerechtfertigte Umsetzung des Patientenwillens angesehen werden. Dieses Urteil darf jedoch keinesfalls als Freibrief für eine allgemeine und grundsätzliche Befürwortung der Praxis eines beliebigen, straffreien Abbruchs notwendiger, lebenserhaltender Maßnahmen bei schwerstkranken Patienten aufgefasst werden. Die ethische Balance zwischen Fürsorgeverantwortung und Selbstbestimmung des Patienten gilt es immer zu wahren.“

In Bezug auf die verstorbene, hessische Wachkomapatientin kann mit großer Sicherheit davon ausgegangen werden, dass deren Tochter den mutmaßlichen Willen ihrer Mutter umsetzte, als Sie sich für eine Entfernung der Magensonde und somit eine Beendigung der künstlichen Ernährung bei ihr entschied. Dies deckt sich mit der gegenwärtigen Gesetzeslage für die Patientenverfügungen. Auch die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat bereits zu Recht darauf hingewiesen, dass es Fälle gibt, bei denen der Abbruch bzw. Verzicht auf therapeutische Interventionen erwogen werden kann, sofern dies der voraus verfügte Wille des Patienten zulässt. Das heutige Urteil des Bundesgerichtshofes schafft Rechtssicherheit für Patienten, Mediziner und Betroffene.“





Dr. Angela Merkel und Thomas Rachel

## *47. EAK-Bundestagung: „Verfolgung und Diskriminierung von Christen im 21. Jahrhundert“*

**A**uf der diesjährigen 47. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU (EAK) betonte die Parteivorsitzende und Bundeskanzlerin **Dr. Angela Merkel MdB** die Stärkung der Religionsfreiheit und kündigte an, die weltweite Verfolgung und Diskriminierung von Christen innerhalb der schwarz-gelben Koalition noch stärker zu thematisieren.

Mit 200 Millionen Menschen gelten Christen als die weltweit größte verfolgte religiöse Minderheit, deren Religionsfreiheit in 64 Ländern der Erde stark eingeschränkt ist oder überhaupt nicht existiert. Angesichts dieser Tatsache forderte die Bundeskanzlerin alle Deutschen auf, sich für diese Menschen einzusetzen: „Wir haben kein Recht dazu, uns nicht um die Würde des Anderen zu kümmern, nur weil unsere eigene Würde geschützt

ist“. In ihrer Rede vor 450 Gästen machte Angela Merkel ebenfalls deutlich, dass der Einsatz für die Religionsfreiheit auch den Kampf für die Menschenrechte bedeute, da diese auf dem christlichen Menschenbild gründeten. So müsse man „auch in der gegenwärtigen Krise über den Teller Rand schauen und denen helfen, die ihrer Rechte beraubt werden.“

Der EAK-Bundesvorsitzende **Thomas Rachel MdB** dankte Frau Merkel für Ihr überzeugendes Menschenrechtsengagement und unterstrich, dass der Einsatz für Religionsfreiheit sowie für den Schutz verfolgter christlicher Minderheiten ein besonderes Anliegen aller Mitglieder der Union und zu Recht Bestandteil des CDU-Grundsatzprogrammes sei.

Vor Vertretern aus Partei und Kirchen warb die Bundeskanzlerin außerdem für

die aktuell notwendigen Sparmaßnahmen der Bundesregierung und verteidigte die geplanten Kürzungen in der Sozialpolitik: „Man muss verlässlich sein und dieses Paket verteidigen“. Aufgabe sei jetzt, die Menschen mitzunehmen.

In seinem Grußwort wies der Bevollmächtigte des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) am Sitz der Bundesregierung, **Prälat Dr. Bernhard Felmberg**, auf die schwierige Situation der christlichen Minderheiten vor allem in den islamischen Staaten, darunter auch der Türkei, hin.

Der Direktor des Internationalen Instituts für Religionsfreiheit, **Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher**, hob zunächst hervor, dass die große Religionsfreiheit, die die Deutschen seit vielen Jahrzehnten genießen würden, ein sehr hohes Gut



Prälat Dr. Bernhard Felmborg

sei. Diese Religionsfreiheit verdanke sich letztlich aber keineswegs nur „Atheisten und Säkularisten“, sondern „ausdrücklich auch der Mehrheitsreligion dieses Landes und insbesondere denen, die auf ihrer Grundlage Politik machen wollten“. Die katholischen und evangelischen Vor-denker im Parlamentarischen Rat seien damals insofern teilweise schon weiter gewesen als die Kirchen, denen sie angehörten. Die den Mehrheitsreligionen nahestehenden Parteien hätten die Religionsfreiheit in Deutschland ganz wesentlich gewollt und mit geprägt.

Bezüglich des speziellen Themas der Christenverfolgung gelte es sodann vier Missverständnisse zu vermeiden, wenn es um die Rechtfertigung dafür ginge, eine besondere Gruppe aus der allgemeinen Religionsverfolgung besonders herauszuheben:

1. Es sei völlig klar, dass Religionsfreiheit nicht nur für Christen, sondern für alle Menschen gelte, und dass sich diese Erkenntnis nicht einer politischen Vorgabe sondern dem christlichen



Renate Holznapel und Prof. Dr. Dr. Thomas Schirrmacher



v.l.n.r.: Ilse Falk, Dr. Ingo Friedrich, Renate Holznapel MdL, Angela Merkel, Thomas Rachel, Christian Meißner

Menschenbild selbst verdanke: „Christen beanspruchen also für sich kein größeres Anrecht auf Religionsfreiheit als für andere. Die Tötung eines Muslim oder Bahai um seines oder ihres Glaubens willen ist ebenso furchtbar wie die Tötung eines Christen.“

2. Der Einsatz für bedrängte und verfolgte Christen hätte in den Kirchen selbst eine fast 2000 Jahre währende liturgische und praktische Tradition und damit auch eine besondere Sensibilität in Bezug auf religiöse Verfolgungen: Es zeige sich immer wieder, dass es maßgeblich auf den enormen Einsatz von Christinnen und Christen zurückzuführen sei, wenn es um die Aufdeckung und Bekämpfung von Menschenrechtsverstößen und insbesondere auch von Verstößen gegen die allgemeine Religionsfreiheit ginge. Im Gegenzug sei immer wieder festzustellen, dass ausgerechnet diejenigen, die gerade das Thema der speziellen Christenverfolgung bzw. -diskriminierung kritisierten, oft nicht dafür bekannt seien, sich überhaupt „im großen Stil für Religionsfreiheit einzusetzen“.

3. Auch und gerade Christen gehörten in Geschichte und Gegenwart gewiss nicht nur zu den Opfern, sondern auch zu den Tätern. Dies könne jedoch wohl schwerlich als Argument dafür herhalten, sich gegen die nach wie vor bestehenden, eklatanten Menschenrechtsverstöße einzusetzen.

4. Die Betonung der religiösen Dimension werde nicht selten auch deshalb kritisiert, weil sie nur eine unter vielen Dimensionen und lediglich ein Teil eines komplizierten Geflechtes im Verbund mit wirtschaftlichen, sozialen, ethischen und anderen Problemen sei. Aber gerade wenn man dies richtigerweise erkenne, müsse es auch deutlich darum gehen, dass die Religionsfreiheit als selbstverständlicher Bestandteil ins Konzert der Menschenrechte zurückkehrt und in der Politik oder etwa in den Medien ebenso uneingeschränkt unterstützt wird wie beispielsweise Kinder- und Frauenrechte oder das Folterverbot.

Im weiteren Verlauf seines Vortrages unterstrich Schirrmacher in zahlreichen Beispielen die besondere Aktualität des Themas, präziserte die wichtigsten Begriffe, Zahlen und Fakten und informierte über die Lage der Religionsfreiheit in der Welt. Als besonderes Problem identifizierte er die sich derzeit verschlechternde „Religionsfreiheitsbilanz“. Die Entwicklung in der islamischen Welt sei, insbesondere im Hinblick auf die Religionsfreiheit, keine Entwicklung zum Guten: Die Vertreibung und Auswanderung nichtmuslimischer religiöser Minderheiten, darunter der alteingesessenen Kirchen, habe in den letzten Jahren nochmals Fahrt aufgenommen. Die Organisation Islamischer Staaten versuche über die Vereinten Nationen zudem das Recht auf Religionswechsel aus der Allgemeinen

Erklärung der Menschenrechte herauszunehmen. Im UN-Menschenrechtsrat werde auch jedes Jahr dafür gestimmt, dass es eine Menschenrechtsverletzung sei, Religion zu diffamieren. Beim Lesen der entsprechenden Resolutionstexte werde dabei als einzige Religion der Islam erwähnt. Am Ende seines Vortrages ging Schirmmacher noch auf die Gründe der Verfolgung von Christen ein und ermutigte zum konsequenten, politischen Engagement: Der Einsatz lohne sich für die betroffenen Menschen.

Beim anschließenden Theologischen Abendgespräch, das vom ehemaligen ZDF-Journalisten **Thorsten Alsleben** moderiert wurde, diskutierten der EKD-Auslandsbischof, **Martin Schindehütte**, der türkische Baptistenpastor **Ertan Cevik** und der Generalsekretär der CDU, **Hermann Gröhe** MdB über die vielfältigen Dimensionen der Entrechtung heutiger Christen in vielen Ländern dieser Erde. Pastor Cevik, der selbst unter ständigem Polizeischutz steht, berichtete

von der bedrückenden Situation in der Türkei: „Wir haben das Recht auf die Ausbreitung des christlichen Glaubens. Aber wenn wir Veranstaltungen oder Aktivitäten durchführen, werden diese immer wieder als gefährliche und illegale Aktivitäten wahrgenommen.“ Bischof Schindehütte unterstrich die Verantwortung der EKD für die weltweit verfolgten und bedrängten Christen, mahnte aber auch, dass man bei der Beurteilung der unterschiedlichsten Bedrängungslagen von Christen aufpassen müsse, nicht in vereinfachende bzw. verallgemeinernde Stereotype zu verfallen. Hermann Gröhe zog eine historische Parallele und erinnerte im 20 Jahr der Wiedervereinigung an die Wichtigkeit der öffentlichen politischen Solidarität mit den Opfern: „Zu sagen: Wir schauen hin, wir schreiben auf, wir kennen die Namen – das können Gemeinden tun, das können Parteien tun, das können wir alle tun.“ Religionsfreiheit sei ein zentrales Menschenrecht, das es international durchzusetzen gelte.



Theologisches Abendgespräch v.l.n.r.: Hermann Gröhe, Ertan Cevik, Martin Schindehütte und Thorsten Alsleben



Generalsuperintendent Pfr. Ralf Meister in der Zwölf-Apostel-Kirche



v.l.n.r.: Pfr. Dr. Andreas Fuhr, Dr. Richard von Weizsäcker, Thomas Rachel und Christian Meißner

## Impressum

### Meinungen und Informationen

aus dem Evangelischen Arbeitskreis der CDU/CSU

**Herausgeber** Thomas Rachel, Dr. Ingo Friedrich, Christine Lieberknecht, Dieter Hackler, Hans-Michael Bender, Norbert Kartmann

**Redaktion** Patricia Romanowsky, Christian Meißner (V. i. S. d. P.)  
Klingelhöferstraße 8, 10785 Berlin,  
Tel.: 030/22070-432, Fax: 030/22070-436,  
E-Mail: eak@cdu.de, www.eak-cducsu.de  
**Konto** Commerzbank Berlin, BLZ 100 400 00,  
Konto-Nr. 266 098 300

### Autoren

Thomas Rachel MdB  
EAK-Bundesvorsitzender  
Klingelhöferstraße 8  
10785 Berlin

Dr. Richard von Weizsäcker  
Bundespräsident a. D.  
Am Kupfergraben 7  
10117 Berlin

**Druck** Druckerei Conrad

### Gestaltungskonzeption/Realisation

Agentur kollundkollegen., Berlin

### Fotonachweis

S. 5+19, r.u. © Eberhard Koll,  
© Joachim Wolf (alle weiteren Fotos)

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Redaktion und mit Quellenangabe gestattet. Ein Belegexemplar wird erbeten. Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen die Meinung des Verfassers dar, nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber.  
Papier: 100 % chlorfrei

*„Hört nicht auf die Worte der Propheten, die euch  
weissagen! Sie betrügen euch...“ (Jeremia 23,16)*

Der Gott der Falschpropheten ist ein Götze! Errichtet auf dem Fundament rein innerweltlicher, menschlicher Erwägungen, Egoismen und Nützlichkeiten. Ein solcher Götze ist bequem, pflegeleicht und problemlos zu handhaben. Der Prophet Jeremia predigt dagegen in der Vollmacht des einen, lebendigen und wahren Gottes gegen einen solchen „Nützlichkeitsgötzen“, den wir Menschen uns immer wieder zu errichten bereit sind. Auf der Hut sein muss man vor diesen Falschpropheten, weil sie mit süßer Lüge über die wahren und wirklichen Zustände und Verhältnisse hinwegtäuschen.

Demgegenüber ist es zutiefst heilsam, sich den vorfindbaren Abgründen, Verfehlungen und Sündhaftigkeiten tatsächlich zu stellen, um in Buße und Umkehr zu erfahren, wo die wirklichen Lebens- und Heilswege liegen. Nur wenn wir unsere Krankheiten erkennen, haben wir Aussicht auf Gesundheit. Dies gilt gleichermaßen für Körper, Geist und Seele.

**Christian Meißner**

Bundesgeschäftsführer des EAK der CDU/CSU

